

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Seiten-Zahl: 12 Ausgaben. Sonntags-Zahl: 12 Ausgaben. Sonntags-Zahl: 12 Ausgaben.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblattausgabe Nr. 6550-55.

Sonntags-Zahl: 12 Ausgaben. Sonntags-Zahl: 12 Ausgaben. Sonntags-Zahl: 12 Ausgaben.

Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn, mit 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, aus-
schließlich Zeitungs- und Zeitungs-Verlagungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle
Wiesbaden 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortige Aus-
gabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pf. für deutsche Anzeigen; 50 Pf. für auswärtige Anzeigen; 1.75
für deutsche Anzeigen; 3.25 für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unter-
schiedlicher Anzeigen entsprechend Nachschlag. — Anzeigen-Entwurf: Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird
keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Bülow 6202 und 6203.

Abend-Ausgabe.

Nr. 207. • 67. Jahrgang.

Montag, 12. Mai 1919.

Le Rhin Illustré! (Der Rhein im Bild). Am
Samstag erschien zum erstenmal die neue französisch-deutsche
Zeitschrift, von deren Inhalt wir nachstehende Aufzählung nennen
möchten. „Eine Welle in Mainz“, „Rheinische Küsten“,
„Vor 120 Jahren“, „Figures nouvelles“, „Bilder der Flotten-
parade“. Es sind lebenswichtige Fragen für das gesamte
Rheinland, die hier erörtert werden, und es ist zu hoffen, daß
einige Anregungen von Erfolg begleitet sein werden. Es sei
noch darauf hingewiesen, daß die neue Zeitschrift einen „Brief-
kasten“ enthält, in dem bereitwillig alle Anfragen über Han-
dels- und Verkehrsangelegenheiten und dergleichen allgemein in-
teressierende Fragen beantwortet werden. Der Inseratenteil
dieser Zeitschrift wird durch seine weite Verbreitung unfehl-
bar sehr zur Förderung der Industrie und des Handels beitragen.
Die Zeitschrift, deren Druck der Georg-Aug. Walters-Druckerei
in Mainz übertragen wurde, ist bei allen Buchhandlungen
erhältlich.

Der Friedensvertrag.

Der Verband will Gegenvorschläge annehmen.

Amsterdam, 10. Mai. Nach einer Savasdeutsche sind,
wie die „Nieuwe B. J.“ berichtet, die Alliierten bereit,
Deutschlands Einwendungen gegen den Fried-
ensvertrag anzunehmen und die kritischen Fragen
eingehend zu prüfen. Die dann von den Alliierten zu
fassenden Beschlüsse würden absolut und bindend
sein.

Zwei Noten des Grafen Rankau.

Dz. Versailles, 10. Mai. Der erste Delegierte der
deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Aus-
wärtigen Graf Brockdorff-Rantzau, hat gestern
abend folgende Noten an den Vorsitzenden der Friedens-
konferenz, Herrn Clemenceau, gerichtet:

Verailles, den 9. Mai 1919. Herr Präsident!
Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Durchsicht
der überreichten Friedensbedingungen vollendet.

Der Vertragsskizze enthält Forderungen, die
für kein Volk erträglich sind; viel ist außerdem nach
Ansicht unserer Sachverständigen unerfüllbar. Die
deutsche Friedensdelegation wird den Nachweis im
einzelnen erbringen, und den alliierten und assoziierten
Regierungen ihre Bemerkungen und ihr Material fort-
laufend ausgeben lassen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck
meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez. Graf Brockdorff-Rantzau.

Verailles, den 9. Mai 1919. Herr Präsident!
Die deutsche Friedensdelegation beehrt sich zu der Frage
des Völkerbundes Stellung zu nehmen, indem sie
dabei ein deutsches Programm überreicht, das
ihrer Meinung nach zum Problem des Völkerbundes
wesentliche Anregungen enthält. Die deutsche
Friedensdelegation behält sich vor, sich noch eingehend
zum Entwurf der alliierten und assoziierten Regierungen
zu äußern. Sie macht jedoch schon heute auf den
Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß
Deutschland zwar das Statut des Völkerbundes als
einen Bestandteil des uns überreichten Vertragsskizze
unterzeichnen soll, sich aber nicht unter den Staaten be-
findet, die zum Eintritt in den Völkerbund ein-
geladen sind. Die deutsche Delegation stellt die Anfrage,
ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen eine
solche Einladung beabsichtigt ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck
meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez. Brockdorff-Rantzau.

Die Gegenvorschläge.

Berlin, 10. Mai. Nachdem in der gestrigen Kabinetts-
sitzung durch funktionellatraphischen Ministeraustausch
die Richtlinien der gestern abend in Versailles vom
Grafen Brockdorff-Rantzau überreichten Antwortnote
festgelegt worden waren, fand heute um 10 Uhr vormit-
tags wiederum unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten
Ebert eine Sitzung des Gesamtkabinetts zur
Ausarbeitung der Gegenvorschläge an den
Verband statt. Diese Gegenvorschläge werden durch
fortgesetzte telegraphische Verständigung zwischen dem
Kabinetts und den Delegierten ausgearbeitet. Minister-
präsident Scheidemann soll wegen Erkrankung an der
Sitzung nicht teilgenommen haben.

Paris, 10. Mai. In Konferenzkreisen glaubt man
allgemein, daß die deutschen Delegierten Vor-
schläge einreichen und auf den Präliminatifriedensvertrag
mit Gegenprojekten antworten werden. Wahr-
scheinlich werden die alliierten Kommissionsmitglieder
die Aufgabe haben, die Vorschläge finanziell, wirtschaft-
lich usw. zu überprüfen. Die Prüfung wird min-
destens 8 Tage erfordern. Hierauf werden die
Alliierten den Deutschen die Änderungen bekanntgeben,
die eventuell dem ursprünglichen Vertragsskizze ange-
fügt werden. Dann wird den Deutschen eine ziemlich
kurze Frist von 4 bis 5 Tagen zur Verfügung, um
ihre endgültige Zustimmung zu dem gesamten Friedens-

vertrag zu geben. Man muß also damit rechnen, daß
25 bis 30 Tage bis zur Unterzeichnung des
Friedensvertrages vergehen werden.

Im Falle der Weigerung zu unterzeichnen.

Saas, 10. Mai. Nach einer Meldung aus Paris er-
klärt man in der Umgebung der englischen und amerika-
nischen Friedensbevollmächtigten, daß im Falle der
Weigerung Deutschlands, den Friedensvertrag zu unter-
zeichnen, die vorbereiteten militärischen
Maßnahmen unverzüglich durchgeführt würden.

Abreisebereitschaft der deutschen Delegation!

Dz. Paris, 10. Mai. (Havas.) Wie die „Chicago
Tribune“ meldet, sollen die deutschen Friedensdelegier-
ten beschlossen haben, am Sonntag nach Berlin und
Weimar abzureisen. Graf Brockdorff-Rantzau habe
alle Delegierten angewiesen, ihr Gepäck bereit zu hal-
ten, um innerhalb 48 Stunden abreisen zu
können. Graf Brockdorff-Rantzau wird, wie die Blätter
berichten, den Alliierten mitteilen, daß alle weiteren Be-
sprechungen im Hinblick von Berlin oder Weimar aus-
stattfinden werden.

Ankunft und Abreise von Sachverständigen.

Verailles, 10. Mai. Gestern trafen der Minister
Graf Oberdorff und der Bevollmächtigte Erz-
herzogs, Dr. Preußner, hier ein. Am Montag reisen
die Minister Landsberg und Giesberts ab,
ferner einige Sachverständige der Schiffahrtskommission,
um sich Material zu besorgen. Senator Stradae in
Samburg und der Gouverneur von Deutsch-Kamerun,
Haber, sind als weitere Sachverständige für Kolo-
nialfragen nach Versailles abgefahren. Der Reichs-
kolonialminister sieht sich veranlaßt, daran zu er-
innern, daß er sich von Anfang an vorbehalten hat,
Kolonialfragen innerhalb der Delegation persönlich zu
vertreten. Da jedoch das Schwerkraft der Entschei-
dung beim Kabinett in Berlin liegt, läßt er vorläufig
noch von einer Reise nach Versailles ab.

Dz. Versailles, 10. Mai. Sechs Mitglieder der deut-
schen Delegation sind am Donnerstagabend nach Ber-
lin abgereist. Andererseits sind acht weitere Deutsche
heute früh in Versailles eingetroffen, sämtliche Mit-
glieder der Wirtschaftskommission in Spa und des
Finanzausschusses in Maffis-Billetts.

Rundgebungen aus dem Reiche.

Berlin, 10. Mai. Von ausländischer Stelle wird mit-
geteilt: Seit Bekanntwerden der feindlichen Friedens-
bedingungen gehen beim Reichspräsidenten und beim
Ministerpräsidenten zahlreiche Telegramme aus allen
Teilen Deutschlands ein, die den entschiedensten
Protest enthalten. Alle bringen die Hoffnung zum
Ausdruck, daß die Reichsregierung keinen Frieden
annehmen werde, der den nun vorliegenden Be-
dingungen irgendwie entspreche. Der Reichsprä-
sident wie die Reichsregierung sind außerstande, auch nur
einen Teil dieser Rundgebungen zu beantworten. Keine
wird ungehört vernommen.

Berlin, 10. Mai. Der Magistrat von Berlin hat
Sand in Sand mit den deutschen Städten und im Namen
einer wertvollen Bevölkerung von Millionen, die oft
genug befunden hat, wie sehr sie den Wunsch hegt, in
Gemeinschaft mit den anderen Nationen die Werke der
Kultur und des Friedens zu fördern, der Reichsregierung
seine tiefe Erschütterung über das Friedensangebot zum
Ausdruck gebracht.

Berlin, 10. Mai. Der Entrüstungssturm über
die vorgelegten Friedensbedingungen nimmt in
Deutschland von Stunde zu Stunde zu.
Der Danziger Magistrat beschloß, eine Abordnung von
12 Mitgliedern nach Berlin zu senden, die sich mit der
Reichsregierung in Verbindung setzen soll. In Ober-
schlesien herrscht eine starke Erregung. Es gehen
von sehr vielen Orten Protestkundgebungen ein, vor
allem aus laut „Berliner Tageblatt“, von solchen an
der Grenze, die sich entschlossen gegen die Annäherung
an Polen aussprechen. Auch aus Bayern erheben sich
starke Proteste. Man sieht in ihnen den Willen, in der
Zukunft, bringe sie, was sie wolle, treu zum Reiche zu
stehen.

Schneidemühl, 10. Mai. In Schneidemühl herrscht
Ruhe. Es wird eine Kundgebung aller Parteien vorbe-
reitet für das Verbleiben bei Deutschland.

Berlin, 10. Mai. Aus Kattowitz wird den „Poli-
tisch-Parlamentarischen Nachrichten“ gemeldet, die Er-
regung über die Friedensbedingungen sei in Ober-
schlesien groß. Der Streik sei beendet.

Königsberg, 10. Mai. Im Anschluß an seine Be-
ratungen hat sich der Ausschuss der ostpreussischen
Sachverständigen nach Berlin begeben, um den
Standpunkt bei den verantwortlichen Stellen zu ver-
treten. Werden die Verhandlungen in Versailles fort-

gesetzt, so wird die Abstimmung von Vertretern Ost-
preußens als eines der am schwersten bedrohten Teile
des Reichs unter allen Umständen gefordert.

Eine weitere Sitzung der Friedensdelegation.

Dz. Versailles, 10. Mai. Gestern abend fand unter
dem Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen, Grafen
Brockdorff-Rantzau, eine weitere Sitzung der deutschen
Friedensdelegation statt, in deren Verlauf die von den
Kommissionen während des gestrigen Tages ge-
faßten Beschlüsse bekanntgegeben und einstimmig gebil-
ligt worden sind. Die Sitzung dauerte eine Stunde.

Die irrtümliche Ansicht der amerikanischen Finanz.

Dz. Amsterdam, 10. Mai. Dem „Telegraaf“ zufolge
melden die „Times“ aus New York: Die amerikanischen
Finanzleute seien der Ansicht, daß Deutschland sehr gut
instande sei, die auf die Wiederherstellung bezüglichen
Bestimmungen zu erfüllen, indem sie darauf verweisen,
daß Deutschland trotz hoher Kriegskosten tatsächlich
keine Schulden an andere Länder habe und des-
halb Anleihen im Ausland abschließen könne.
Sie sind davon überzeugt, daß Deutschland den Friedens-
vertrag unterzeichnet und so rasch wie möglich an die
Arbeit gehen wird.

**Vertagung des Hauptausschusses der National-
versammlung.**

Berlin, 10. Mai. Der Hauptausschuss, der für gestern
um 10.15 Uhr in den Saal des Reichsfinanzministeriums ein-
treten sollte, hat sich sofort vertagt. Zu Beginn der
Sitzung gab der Vorsitzende, der Abg. Müller-Breslau,
folgende Erklärung ab: „Die wiederholte Stimmung macht
es uns heute unmöglich, in der Beratung des Etats fort-
zufahren. Die Partei und jeder einzelne von uns haben das
Bedürfnis, zu den schweren Friedensbedingungen Stellung zu
nehmen. Wir alle bedürfen in den nächsten Stunden der
Sammlung. Auch der Herr Ministerpräsident ist heute am
Ersticken verhindert. Ich bitte Sie, mir die Ansetzung der
nächsten Sitzung des Ausschusses zu überlassen.“ Der Ausschuss
schloß sich diesem Vorschlag seines Vorsitzenden ohne Debatte an.

Abbeforderung der deutschen Orienttruppen.

Berlin, 10. Mai. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:
Am 7. Mai hat die Regierung das Ersuchen an den Verband
gerichtet, endgültig die Abbeforderung der deutschen Truppen
aus Konstantinopel und Saloniki in die Hand zu nehmen.
Wie nun mitgeteilt worden ist, wurde diese Forderung von den
Alliierten erfüllt und die Einschiffung der deutschen Truppen
ist schon im Gange.

Rückkehr südafrikanischer Truppen.

Berlin, 10. Mai. Gestern abend sind in Rotterdam
7 Offiziere, 44 Frauen und 1317 Soldaten aus Deutsch-
Südwestafrika eingetroffen. Diese Ankunft kommt für die
deutsche Regierung unerwartet.

Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 10. Mai. Im Auftrag des Marschalls Hoch
teilte General Rudant mit, daß die Einrichtung
direkter Züge zwischen Frankfurt und
Darmstadt versuchsweise genehmigt wor-
den sei. Die Züge sollen auf den Zwischenstationen des
besetzten Gebietes nicht halten. Falls die Reisenden einen
zufälligen Aufenthalt der Züge dazu ausnützen, um in
der besetzten Zone auszustiegen, soll der Zugverkehr wie-
der aufgehoben werden.

Aus dem Vertragsskizze.

Chemische und pharmazeutische Produkte.

Die sechste Anlage des achten Teiles „Reparationen“ setzt
die Verpflichtung Deutschlands fest, bis zu 55 v. H. seiner Pro-
dukte an Farben sowie chemischen und pharmazeutischen Pro-
dukten der Armierung für Reparationen zu überlassen. Aber-
dies wird Deutschland während der Zeit von Inkrafttreten
des Vertrages bis zum 1. Juni 1920, sodann während jeder
sechsenmonatigen Periode bis 1. Januar 1925 immer 25 v. H.
der Produktion an Farben sowie chemischen und pharma-
zeutischen Produkten überlassen. Die Kommission wird den
Preis unter Berücksichtigung der Nettoausfuhrpreise vor dem
Krieg und der seitherigen Kostenänderungen festsetzen. Außer
den festgesetzten Zahlungen muß Deutschland alle beschlag-
nahmen oder sequestrierten Gegenstände, so weit dieselben
auf deutschem Boden und demjenigen seiner Alliierten sich be-
finden sowie die beschlagnahmten Geldsummen zurückstellen.
Die deutsche Regierung erkennt ausdrücklich die der Kom-
mission für Reparationen durch den Friedensvertrag zu-
gewiesenen Rechte an und wird der Kommission alle von ihr ge-
wünschten Informationen zur Feststellung deutscher Verpflich-
tungen liefern und den Kommissionsmitgliedern und ihren
Beauftragten alle erforderliche diplomatische Vertreter befreun-
deter Mächte zur Verfügung stellen. Deutschland übernimmt die Kosten
der Kommissionen und alles Personals, das sie gebraucht.

Auslieferung des Viehbestandes.

Die Bestimmungen über die landwirtschaftlichen Wieder-
gutmachungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, finden
sich in § 8 des Anhanges 4, Ziff. 8, und lauten folgendermaßen:
Deutschland verpflichtet sich, in den auf die Unterzeichnung des
Friedensvertrages folgenden drei Monaten monatlich das

unter aufgeführten Viehbestände zu liefern: 1. Der französische Regierung 500 Stiere von 5 bis 7 Jahren, 30 000 Stutenfüllen und Stuten von 13 Monaten ardenaischer, normannischer oder belgischer Rasse, 2000 Stiere von 18 Monaten bis 8 Jahren, 30 000 Milchkühe von 2 bis 5 Jahren, 1000 Stiere, 100 000 Schafe, 100 000 Ziegen. 2. Der belgischen Regierung 200 Stiere von 3 Jahren belgischer Rasse, 5000 Stuten von 3 bis 7 Jahren, 5000 Stutenfüllen von 13 Monaten bis 8 Jahren belgischer Rasse, 2000 Stiere von 18 Monaten bis 8 Jahren, 50 000 Milchkühe von 2 bis 6 Jahren, 40 000 große Ochsen, 200 Widder, 5000 Schafe, 15 000 Mutterkühe. Die zu liefernden Tiere müssen gesund und normal gebaut sein. Sollten sie nicht diesen Anforderungen entsprechen, kann nicht als solche festgestellt werden, die feinerzeit von Deutschland beschlagnahmt wurden, so wird der Mindestwert Deutschland bei den Wiedergutmachungen in Anrechnung gebracht werden.

Die deutschen Kabel.

Artikel 244 verweist wegen der deutschen Kabel auf die Anlage 7. Diese Anlage zeigt: Deutschland vergütet im Rahmen seiner Staatsangehörigen zugunsten der Verbündeten auf die Kabel Emden-Bigo und Pas de Calais bis zur Höhe von 100, Emden-Brest von der Höhe von Cherbourg bis Brest, Emden-Teneriffe von der Höhe von Dünkirchen bis zur Höhe von Teneriffe, Emden-Azoren von Pas de Calais bis Rabat, Azoren-New York von Rabat bis New York, ferner auf Teneriffe-Moravia, Montevideo-Rome, Rome-Duala, Montevideo-Bernambuco, Konstantinopel-Konstantinopel, Peking-Schanghai, Peking-Guang, Peking-Hankow. Unter Berücksichtigung der Herstellungskosten und einer Abnutzungsquote wird die Abführung Deutschlands auf das Konto der Vergütungen gebracht.

Keinerlei Erleichterung in der Ablieferung des deutschen Eisenbahnmateri als.

Die deutsche Regierung hatte die Alliierten gebeten, das in dem von den Alliierten besetzten Gebiet befindliche rollende Eisenbahnmateri als auf die von Deutschland abzuliefernden Mengen anzurechnen. Am 8. Mai teilte die Entente hierzu mit, daß keinerlei Erleichterung, auch nicht zeitweise, in der Lieferung der 5000 Lokomotiven und 150 000 Waggons zugestanden werde. Die Lieferungen hätten nach den Bedingungen des Waffenstillstandes zu erfolgen.

Heimkehr der ausgewiesenen Chinadeutschen.

In der Sitzung in Spaan vom 2. Mai wurde von den Alliierten mitgeteilt: Die aus China ausgewiesenen deutschen Staatsangehörigen werden auf den 4 Dampfern „Korea“, „Korea“, „Korea“ und „Antiochus“ heimgeführt, von denen „Korea“ bereits in Rotterdam eingetroffen ist. Der Tag der Ankunft der anderen drei Schiffe ist noch unbestimmt. Sie bringen 477 Männer, 435 Frauen und 530 Kinder mit. Die deutsche Rote Kreuz-Gesellschaft wird die Reisekosten der deutschen Familien weiterzuleiten, haben die Alliierten abgelehnt.

Die Verhandlungen mit Deutschösterreich.

Paris, 10. Mai. Nach dem „Reit Pacific“ ist es wahrscheinlich, daß die Ankunft der österreichischen Delegierten, die auf den 12. Mai angesetzt war, eine Verspätung erleiden werde, und daß die Besprechungen kaum vor etwa zehn Tagen beginnen werden.

Wien, 10. Mai. Die Friedensdelegation Deutsch-Österreichs ist nun fertig. Gestern Abend hat eine Beratung der Delegierten stattgefunden. Die Reise erfolgt spätestens am Montagabend. Als Stellvertreter Renners in seinen Funktionen als Staatskanzler tritt der vorhandene Vizekanzler Fink in Tätigkeit. — Für die Dauer der Friedensverhandlungen wurde von den Parteien Burafriede vereinbart. Unter diesem wurde gestern auch schon die Beratung der Sozialisierungsvorlagen im Ausmaß beendet. Die Sozialdemokraten haben dabei bemerkenswerte Mäßigung gezeigt, indem sie dem Widerstand der anderen Parteien nachgaben und sich mit der Erhöhung der Anstellenszahl der betriebsrätepflichtigen Industriebetriebe sowie mit der Regelung der landwirtschaftlichen Betriebsräte durch besonderes Gesetz einverstanden erklärten.

Frühling im Spreewald.

Während besonders in der sächsischen Presse die Erörterungen über den unermesslichen phantastischen Plan der Errichtung einer „Wendendepot“ auf sächsischem und altbrandenburgischem Boden weitergesponnen werden, fahren im Frühlingssonnenschein die Spreewälder Annen in ihren bunten wendischen Trachten unbefragt lachend in Berlin, Dresden und Leipzig umher, und im Spreewald selbst wird es Frühling, fröhlicher, sonniger Spreewaldfrühling. In der „Wendendepot“ grünen die Erben und die Birken, Pappelzweige, Frühlingsheide, Kamomille, Wiesenkräuter und wie die lustigen wasserumflossenen Spreewälder Gasthäuser alle heißen, warten nur darauf, daß die Fremden wieder in so großer Zahl kommen möchten wie früher. In Burg und Leide, in Ruppen und Altschule, in Leipe und Lübbenau, nirgends empfängt den deutschen Spreewaldbesucher etwas wie nationale Feindschaft. Ausdrück steht die Mühsal durch den einseitigen Unwill, der sich leider immer mehr gelichtet hat, durch Deutschlands großartigsten „Naturschutzpark“, wie man heute sagt. Der Besuch des Spreewaldes war im vorigen Sommer äußerst reger und vom denkbar schönsten Wetter begünstigt. Dies Jahr versprechen sich die Spreewälder noch mehr.

Die Fischerei in den zahllosen Spreearmen ist auch während des Krieges peinlich genau genommen worden. Es werden wieder zehntausende junge Kasse ausgefist, denn nichts wird in den Spreewäldchen ja so viel begehrt als Kasse mit Tunde. Leider blüht auch die Raubfischerei mehr denn je; im Oberspreewald hat sich sogar die Raubfischerei mit Sandgraben eingebürgert. Ihren Erfolg sieht man weiter unterhalb in den angestammten toten Fischen. Wird hier nicht kräftig eingegraben, so bedeutet sie für den soviel so stetig zurückgehenden Fischbestand des Spreewaldes eine ernste Gefahr.

Bei Lübbenau wurden Anfang April überall schon Anwesen kleiner Boot- und Stedzweibeln ausgehängt. Spreewälder Zwißeln sind bekanntlich ein ebenso kostbares Erzeugnis, wie Spreewälder Majoran, Meerrettich und Gurken. Damit haben die Spreewälder wendischen Bauern während der Kriegsjahre mächtig Geld verdient, wurde doch beispielsweise das Pfund Majoran mit 20 M. bezahlt. Unsummen Geldes sind in den Spreewald auch durch den Verkauf der Hunderttausende Zentner Heu geflossen, die alle Jahre ausgeführt wurden und an der Front unentbehrlich waren.

Wenn sich erst einmal die jetzt so hochgehenden Wogen der politischen Erregung wieder gelähmt haben werden, dann wird

Vom Kriegsschauplatz in Kärnten.

Wien, 9. Mai. Nachrichten vom Kärntner Kriegsschauplatz melden, daß die Kämpfe einen bedeutenden Umfang angenommen haben. Die Kärntner Freiwilligen und die zu ihrer Unterstützung herbeigeeilte österreichische Volkswacht sind nach den letzten Meldungen von der Verteidigung zum Angriff übergegangen. Die Wiener Regierung hat deshalb den Befehl gegeben, den weiteren Vormarsch einzustellen.

Die Lage in Ungarn.

London, 10. Mai. Im Unterhause teilte Unterstaatssekretär Sarmisthorst mit, daß das Auswärtige Amt habe die Nachricht erhalten, daß die revolutionäre Regierung in Budapest gestürzt sei.

Amsterdam, 10. Mai. Aus London wird gemeldet: Der Korrespondent der „Times“ erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß man augenblicklich nicht beabsichtigt, Budapest zu besetzen.

Wien, 10. Mai. Als Schutzmaßnahme wurde der Grenzverkehr nach Ungarn von Freitag an vollkommen gesperrt.

Die neue Türkei.

Genf, 10. Mai. Die das Bureau Europa Press aus London meldet, ist die türkische Regierung eingeladen worden, ihre Friedensunterhändler zu ernennen und nach Versailles zu entsenden, da der Rat der Vier die großen Möglichkeiten des Friedens mit der Türkei schon vor längerer Zeit ausgearbeitet habe. Die Türkei werde ein ziemlich großes Gebiet als Ausgang zum Mittelmeer und zum Schwarzen Meer erhalten. Die Stadt Konstantinopel mit einem großen Landstreifen von den Vereinigten Staaten im Rahmen des Völkerbundes verwaltet werden. Die Vereinigten Staaten werden ferner das Mandat über das Gebiet erhalten, das sich vom Golf von Alexandrette in ununterbrochener Linie bis zum Kaspischen Meer erstreckt. Frankreich erhält das gewünschte Mandat über Syrien. Aus London wird gemeldet, daß die englische Regierung beschloßen habe, die Insel Zypern an Griechenland abzugeben.

Der Präsident von Brasilien in Brüssel.

Brüssel, 9. Mai. Der Präsident von Brasilien traf hier zu einem offiziellen Besuch aus Paris ein. Er wurde vom König und der Königin empfangen.

Die preussische Landesversammlung.

Berlin, 11. Mai. Der Ältestenrat der preussischen Landesversammlung beschloß, die nächste Vollversammlung am Dienstag, den 13. Mai, nachmittags 1 Uhr, abzuhalten. Auf der Tagesordnung steht: 1. Besprechung der vom Ministerpräsidenten in der Sitzung vom 8. Mai abgegebenen Erklärung über die Friedensbedingungen; 2. Bericht des Wahlprüfungsausschusses; 3. die Beratung eines Antragsrats, betr. das Ministerium für Volkswohlfahrt. Im Anschluß an den alten Gegenstand der Tagesordnung soll eine weitere Fortsetzung der Generaldebatte über den Haushalt zulässig sein. Aber die Tagesfrage werden die Parteien einzeln Erklärungen abgeben.

Die Unruhen in Stendal.

Stendal, 10. Mai. Bei den Straßendemonstrationen anlässlich der Währungsänderung wurde wiederholt die Feststellung gemacht, daß aus den Häusern geschossen wurde. Es fanden danach Waffeneinsparungen und Hausdurchsuchungen statt. Im Anschluß an dieses Vorgehen wurden mehrere Geschäftshäuser ausgeraubt. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf 100 000 M. Bei den Währungsänderungen des hiesigen Erzeugnisses durch Zivilpersonen, in deren Verlauf es zu Zusammenstößen kam, gab es 2 Tote und 9 Schwerverletzte. Unter den Schwerverletzten befand sich der Polizeiwachmeister, der bereits gestorben ist.

Die Schulbiagen für die Münchener Geiselnerrordnung.

München, 10. Mai. Eine mündliche Mitteilung der Regierung Hoffmann besagt: Die Spartakistenführer Levin und Levine-Rissen sind dringend der Mitwirkung

bei der Münchener Geiselnerrordnung verdächtig. Auf ihre Ergreifung oder die Vollziehung der Ergreifung ist eine Belohnung von je 10 000 M. ausgesetzt.

Reichseisenbahnen und Industrie.

In Telegrammen an die Reichsregierung und die Nationalversammlung begrüßt der Reichverband der deutschen Industrie „Annahme des Antrags Hoffmann durch Verfassungsbeschluß der Nationalversammlung und erblickt in gewisser Übernahme der gesamten Staatsbahnlinien durch das Reich ein Mittel zur Förderung des deutschen Wirtschaftslebens, zur Behebung bisheriger Verkehrsschwierigkeiten und Verzögerungen, zur Ermöglichung von Ersparnissen und zur Herbeiführung einer einheitlichen deutschen Tarifpolitik. Ebenso wird von einer einheitlichen Verwaltung der deutschen Wasserstraßen durch das Reich die erforderliche Beschleunigung des einheitlichen Ausbaus deutscher Binnenwasserstraßen und eine Förderung der Binnenwirtschaft erwartet. Alles, was einen leistungsfähigen und billigen Verkehr ermöglicht, dient dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft. Die deutsche Industrie begrüßt diese Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaft.“

Das Wohlfahrtsministerium.

Berlin, 9. Mai. Wie die „Politischen Informationen“ hören, ist der Geh. Regierungsrat Bracht vom Reichsministerium des Innern zum Ministerialdirektor im Wohlfahrtsministerium auszuweisen. Über die Frage der endgültigen Unterbringung des Ministeriums in einem Dienstgebäude schwebt noch Verhandlungen. Das Staatsministerium wird demnächst über eine Vorlage beraten, die die Organisation des neuen Ministeriums in ihren Einzelheiten enthält.

Zur Förderung des Volkshochschulwesens.

Berlin, 9. Mai. In der Landesversammlung ist ein Antrag der Abgeordneten Dr. Rodenhauer, Dr. Thier, Dr. Poellig und Hoffmann eingegangen: Die Landesversammlung wolle beschließen, zur Förderung des Volkshochschulwesens eine Zentralstelle in Berlin einzurichten, die die Erfahrungen auf dem Gebiet des Volkshochschulwesens sammelt und sie für die Errichtung und Fortbildung derartiger Anstalten und Kurse den einzelnen Landesteilen nutzbar macht.

Selbsthilfe wider den Schleichhandel.

Von Jan Fegter.

Sechs Monate sind ins Land gegangen, seit der Waffenstillstand abgeschlossen, aber die Blockade ist noch immer nicht aufgehoben. Die Ernährungs-schwierigkeiten sind eher größer als geringer geworden. Überall in ganz Deutschland zeigen sich Unruhen, als Folge des andauernden Nahrungsmangels. Das soziale Gleichgewicht ist verloren gegangen, die wirtschaftliche Moral ist gesunken, die Ehrfurcht vor dem Gesetz ist dahin. Bei allen Ständen in Stadt und Land ist eine krankhafte Steigerung des Erwerbsfinnses eingetreten, der rücksichtslose Eigennutz macht sich breit und alle Bedenken werden beiseitegesetzt, wenn es gilt, Geld zu verdienen. Die allerbedenklichsten Folgen zeitigte der Wucher mit Lebensmitteln.

Täglich jagen die Scharen der Hamsterer über Land, nicht bloß Notleidende, in der Mehrzahl gewerbmäßige Volksausbeuter, die Wucherpreise zahlen und Wucherpreise nehmen. Die Versuchung war groß für die Landwirte. Leider unterlagen ihr nur zu viele, aber nicht alle, das sei zur Ehre, ich möchte meinen der übergroßen Mehrheit der Produzenten, ausdrücklich betont.

Nun aber haben alle Schuldigen und Unschuldigen, die bösen Folgen zu tragen. In den bedenklichsten Ausschreitungen ist es in meiner engeren Heimat schon gekommen, ein Zeichen, wie groß die Erbitterung der sonst so ruhigen und verständigen Bevölkerung sein muß.

bedenklichem Einschlag, rücksichtslose Egoisten liegen ihm besonders; aber doch ein knochenloser, schlapper geistlicher Jüngling gefiel seiner draufhängigen Natur nicht, so wenig, wie dieses Gewächs dem Autor gelang. Herr Richels machte als Verwandlungskünstler recht gute Masken. Als Tochter des Händlers erlitten Frau Vaher sehr oft, ihr bengelartiges Organ ist reich an Tönen, ihre Gesänge frei und ausdrucksvoll, in schwermütigen Augen glühte sie ihren siegesgewissen Blick und blende durch schillernde Kolorierung.

Das Stück ist unter allen Umständen von dem Standpunkt aus interessant, wie sich ein deutscher Bühnenschriftsteller ein Lustspiel denkt.

Aus Kunst und Leben.

B. Wohnungsnot in New York. Auch in den Vereinigten Staaten herrscht eine schwere Wohnungsnot, die sich dort in unheimlichen Szenen und einschneidenden Maßnahmen geltend macht. Die amerikanischen Blätter melden, haben sich zunächst einmal die Hauswirte die für sie günstige Lage in struppeliger Weise zunutze gemacht. Die großen Mietskasernen wechseln mit erschreckender Schnelligkeit ihre Besitzer, häufig mehrmals in einem Monat, und jeder neue Eigentümer erhöht zunächst einmal die Miete. Die also Geprellten betteigern die Zahlung, und so hat sich allmählich ein Mieterschreck herausgebildet, indem sich die Parteien in den einzelnen Häusern geschlossen zusammenfanden und keine Miete zahlten. Die Vermieter wollten nun die Streikenden an die Luft lassen; es kommt zu ertösenden Szenen, und die Behörden müssen eingreifen. Bei diesen Verhandlungen vor dem New Yorker Magistrat kamen die ungeheuerlichsten Mietspreiserhöhungen aus. So erklärte ein Mieter, daß seine Miete innerhalb eines Monats von 72 auf 320 M. erhöht wurde. Große Protestzüge füllten die Straßen von New York, in denen gegen die Hausbesitzer demonstriert wird, und nicht selten breitet man zur Selbsthilfe, indem die Mieter den Vermieter zur Anerkennung ihrer Rechte zwingen. Um der Wohnungsnot zu steuern, haben die Eigentümer großer Fabriken und Lagerhäuser diese Häuser, so weit sie irgendwie einbaufähig sind, für Wohnungen zur Verfügung gestellt, und viele wohnen in den kalten Räumen, in denen es an jeder Bequemlichkeit fehlt. Die Behörden zwingen andererseits die Inhaber größerer Wohnungen, Mieter aufzunehmen, und überhaupt ist das Übermieten in New York gegenwärtig auch in den kleinsten Wohnungen so üblich, daß die Zustände den gesundheitlichen und städtischen Forderungen Hohn sprechen. Man will eine Abmilderung in die Vororte von New York in die Wege leiten, doch hier ist die Wohnungsnot fast ebenso schlimm wie in New York selbst.

Residenz-Theater.

Samstag, den 10. Mai, Aufführung: „Die große Vergangenheit“. Lustspiel in 3 Akten von Franz Wagonhoff.

Der Verfasser hatte Ehrgeiz; er wollte, wie es scheint, die Komödie des romantischen Sammlers schreiben. Es wäre eine reizvolle Aufgabe, diesen Typus in den höheren Formen des Komischen zu gestalten. Eine Aufgabe, die freilich nur für einen humoristischen großen Stil vollkommen lösbar ist. Nur lösbar für einen, der mit dem tiefen Auge des Dichters und dem klaren Sinn des Weisen den Spul des Lebens verfolgt und die Bedingtheit fremder seelischer Struktur begreift, der gern, aber nicht leicht und nicht verläßt. Bisher für einen, der sich voll feinsten Instinkts in die Gefühlswelt jenes zu versenken weiß und in diesem eigenbrüderischen Typus nicht nur eine Personifikation des unaufrichtigen menschlichen Egoismus erblickt, sondern ein sehr ernstes Objekt für Menschheitsforschung und Menschendarstellung.

Franz Wagonhoff hat diese Komödie oder Tragikomödie wohl dargelegt, geschrieben hat er sie noch nicht. Vielleicht hoffentlich tut er es noch. Bis auf weiteres steht sie nur zwischen den Heilen seines Stils und leuchtet verflücht, aber deutlich erkennbar aus einzelnen Stellen hervor. Diese Stellen lassen mühsam über den größeren Rest urteilen, der freilich oder unfreiwillig als Schwanke geraten — mißraten — ist. Als Schwanke mit einem außerordentlich schmerzhaften Apparat, einer ungenügenden Technik, einem Jaden (der im ersten Akt an den Goldschmied im „Krautlein von St. Pauli“ leicht erinnert), der Altertumshändler und deus ex machina des Stüdes ist, einem Schauspieler, der Gelegenheit hat, als Verwandlungskünstler zu glänzen, mit einer Anzahl farbiger Gestalten und mit Aufschüssen von Dogenwesenheit.

Herr Richels hatte den Altertumshändler gut angedeutet, aber nicht ausgeführt, für diese einzige Rolle des Stüdes war eine reichere Finanzierung nötig. Herr Kamnitzer gab ein seltsames Exemplar eines Grafen. Er ist der Darsteller flatter, eleganter Lebensmänner, Welsprossen mit

Wiesbadener Nachrichten.

Montage — Malenpracht.

„Das lange Warten, wird endlich gut“, dieses altbekannte Sprichwort hat sich im Frühjahr 1919 in der Weiterentwicklung besonders wahr gemacht. Nach dem frostigen unwirtlichen April, der die Naturerwartung in diesem Jahr nicht unerheblich hinderte, ohne indes größeren Schaden anzurichten, hat sich die Sonne doch nicht länger zurückhalten lassen, und insbesondere die letzten Tage machten dem vielbesungenen Bonnemontat alle Ehre. Der gestrige Tag war der erste wirkliche Malenjonntag, der erste in diesem Frühjahr, an dem man den Wald vollends grün sah, grün, nicht nur an den von der Sonne bevorzugten Plätzen wie schon am Sonntag vorher, sondern grün bis tief ins Dickicht hinein. Der Tag war das ein Leben gestern in Feld und Wald, in Tälern und auf Höhen!

Man braucht aber in Wiesbaden nicht weit zu gehen, um die Natur in vollen Zügen zu genießen und den Dankesgesang eines vielstimmigen Vogelschors zu vernehmen. Schon gleich bei den Albrecht-Dürer-Anlagen oder am anderen Ende der Stadt, beim Kriegereisenmal im Kerotal, fängt das Jubilieren an und wird härter und immer härter, je weiter man seine Schritte lenkt. Merkwürdig, fast kommt es einem so vor, als seien unsere geliebten Sänger jetzt viel zahlreicher als in früheren Friedensjahren. Und dem dürfte auch so sein, denn während draußen der mörderische Krieg gegen die Menschen geführt wurde, wurde in der Heimat der „Krieg gegen die Vögel“ eingestellt, da ja die Vogelfänger größtenteils auch im Feld standen, und es zudem an dem geeigneten Futter fehlte, um die Vögel im Käfig zu erhalten, wie auch wohl die meisten Kanarienvögel im Lauf des Kriegs verhungert sind. Wie lange Jahre „Schonzeit“ für unsere Singvögel, das will schon etwas besagen. Möge es immer so bleiben, zum Segen der Natur und der Menschheit.

Im diesjährigen Mai ist draußen auch sonst vieles neu entstanden. Wind und Wetter, zum Teil auch blindwütiger Vandalismus, hatten die Ruhebänke in unseren Anlagen und Wäldern ziemlich arg zugerichtet, von vielen zeigte nur der eine oder andere Stumpf von ihrem Standort. Heute sehen wir fast überall die forschende Hand der sach- und fadengewandten Reparatur an den Waldbänken, die Wege sind neu aufgestellt, wie im Kerotal, wo eine förmliche Kleinbahn entstanden ist, eine befriedigende Beschäftigung für die Rastensarbeiter.

Doch der gestrige Sonntag zu Spaziergängen und Touren reichlich ausgenutzt wurde, ist klar. An den verschiedenen Ausflugspunkten, von dem nächstgelegenen Klarenthal, „Unter den Eichen“, Waldhäusern, Schützenhaus, Stollen bis zur Klette und auf der anderen Seite im Goldsteintal, wie in Rimbach und Sonnenberg, wimmelte es von Menschen; fast alle in Sommerkleidung und Strohhüten, so weit man noch welche aus dem Vorjahr hatte oder die neuen einem nicht zu teuer sind. Ein großer Zug wandte sich wieder dem Rheingau zu. Die „Flektische“ nach Dohlsheim, von wo aus man den vielbesprochenen Spaziergang über Schaafhaus-Schlängenbad nach dem Rhein unternehmen kann, war vom frühen Morgen an mit Touristen überfüllt, und am Schluß seiner Fahrt mußte man eine harte Geduldprobe bestehen, wenn man haben fahren wollte. So herrschte gestern überall in unserer engeren und weiteren Umgebung ein buntes, lebendiges Leben bis in den späten Abendstunden die den ganzen Tag über drohenden Gewitterwolken sich entluden und man sich eilends nach Hause machen mußte. Auch heute steht der Himmel grau und trübe aus, übrigens ganz unserem politischen Horizont entsprechend. Der Regen schadet aber nichts, er ist gut, besonders für die Weiterentwicklung der vielbesprochenen Saaten!

— **Schweinefleischverteilung.** Die französische Behörde hat je nach dem Bedarf an Schweinefleisch (Bordschinken usw.) übermessen, welches auf ihren Bedarf am Mittwoch in den hiesigen Metzgereien mit einer Kopfmenge von 1/4 Pfund verteilt wird. Der Bezug erfolgt gegen Abgabe der Fleischmarke 1; daraus folgt, daß auch die Metzgerläden mit derselben Menge zu beliefern sind. Die Bezugsscheine für Großverbraucher (Hotels usw.) liegen im Museum zur Abholung bereit. Die Metzgereien werden dringend ersucht, die Verteilung mit der größten Sorgfalt durchzuführen. Wer sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen läßt, wird rüchlos ausgeschlossen. Im übrigen siehe Bekanntmachung.

— **Spars. bezw. Darlehnskassen und Geldausleihvereine.** Nach einem bei dem Verband der Rheinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften eingegangenen Bescheid des Hauptzollamts sind die dem Provinzialverband angeschlossenen Spar- und Darlehnskassen auf Grund des Gesetzes vom 20. Juli 1918, d. h. weil sie als Genossenschaft anzusehen sind, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis der Mittelglieder nicht hinausgeht, von der Geldausleihersteuer befreit. Der Bescheid ist auf die Bemühungen der hiesigen Verbandsleitung zurückzuführen.

— **Lebensversicherungen für Kriegshinterbliebene der Unterlassen.** Wie aus Berlin berichtet wird, wird den Kriegshinterbliebenen der Unterlassen eine laufende Lebensversicherung vom 1. Juni d. J. an, monatlich laufend, gezahlt werden. Die Zulage ist auf 40 Prozent der jetzigen Monatsbezüge festgesetzt, in die nicht nur die Renten, sondern auch die Kriegsverdienstmedaillen und die diesen entsprechenden Zulagen einbezogen sind. Ferner sind hierzu auch die Zuschläge, Unterhaltungen und sonstigen Zuwendungen zu rechnen. Es dürfte also für die Hinterbliebenen in der nächsten Zeit eine wesentliche Erhöhung ihrer Versorgungsansprüche eintreten.

— **Meisterprüfung.** Der Bautechniker Eduard Sauer, Sohn des gleichnamigen Zimmermeisters hier, bestand die Zimmermeisterprüfung mit der Note „Gut“.

— **Zulassung von Kriegsteilnehmern zur Kriegsteilnehmerprüfung.** Eine Anfrage des Chefs des Generalkommandos des Reichsheeres an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, ob den Offizieren, die zwar das Abiturientenexamen nicht abgelegt, aber die Aufnahmeprüfung für die Kriegsakademie bestanden haben, die Reife für die Universität zuerkannt werden könne, ist dahin beantwortet worden, daß das Ministerium sich entschlossen habe, eine außerordentliche Kriegsteilnehmerprüfung einzurichten, zu der solche Kriegsteilnehmer, die früher eine höhere Lehranstalt besucht und sich in einem Beruf weitergebildet haben, zugelassen werden sollen. Bei dieser Prüfung, die auf die Art der wissenschaftlichen Durchbildung besondere Rücksicht nimmt, soll unter weitestgehender Benutzung der Mündlichkeit, schwache Leistungen in einem Fach gegen gute Leistungen in einem anderen auszugleichen, das allgemeine Wissen, die geistige Reife des Prüflings festgestellt und bewertet werden.

— **Wägerei des Gewerbevereins für Nassau.** Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die gewerblich-technische Wägerei und Verbriefsammlung des Gewerbevereins für Nassau, sowie die Patentämter-Ausstellung des Rheinstraßen 42 nach Hofstraße 16, 1. Stock, verlegt worden ist. Der Refektorium ist geöffnet von 10 bis 1 Uhr vormittags und von 4 bis 6 Uhr nachmittags, mit Ausnahme von Mittwochs und Samstagvormittags.

Aus den Städten und größeren Ortschaften sind die Leute über Land gezogen, aber regelrecht auf den Dörfern und einzelnen Gehöften requiriert, man hat geraubt und geplündert, Vieh getötet; es ist zu Zusammenstößen gekommen und Blut geflossen. In den Dörfern bilden sich Volks- und Sicherheitswehren zum Selbstschutz. Wohin soll das führen? Zum Kampf aller gegen alle?

Jetzt endlich raffen sich die Wohlmeynenden auf und die Behörden lassen sich hören.

In Leer tagte am Sonntag eine Versammlung von Landwirten aus den Kreisen Leer und Weener, die sich mit den „Requisitionen“ der letzten Tage beschäftigte und beschloß: „Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste, daß von den Landwirten Wucherpreise für Lebensmittel gefordert werden. Die Versammlung verlangt von allen, sich ihrer Verantwortung bewußten Landwirten, daß sie rücksichtslos gegen jeden Wucher einschreiten und alle Verurteilungen öffentlich an den Brandt stellen, die sich durch das Nehmen von Wucherpreisen am gesamten Volk auf das schwerste verhängen.“

In Emden tagte am Samstag der Kreis-Bauern- und Landarbeiterrat und kam zu ähnlichen Beschlüssen, namentlich auch in bezug auf die Bildung von Volks- und Sicherheitswehren in den ländlichen Ortschaften. Der Landrat des Kreises Emden erließ am 27. April eine Bekanntmachung, wodurch den Bauern- und Arbeiterräten die Ermächtigung erteilt wird, bei Samstern, namentlich gewerkschaftlichen, und Schleichhändlern, alle der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden Lebensmittel ohne Entschädigung zu beschlagnahmen. Es heißt dann weiter: „Von den Landwirten des Landkreises erwarte ich, daß sie Samstern und Schleichhändlern nichts mehr abgeben und damit die Versorgung der ostfriesischen Bevölkerung befähigen helfen.“ — Gegen Leute, die Lebensmittel zu Wucherpreisen abgeben, wird in der schärfsten Weise vorzugehen.

Da fragt man sich unwillkürlich, aus welchem Grunde erst jetzt solche Versammlungen von Landwirten und Bauernräten abgehalten werden, aus welchem Grunde erst jetzt so verständige Verfügungen von einem Landrat erlassen werden.

Haben alle diese Leute nicht gesehen, was vor aller Augen tagtäglich sich vielfach wiederholte, haben sie nicht gehört, wie über alle diese Samstere und Wucherei tagaus, tagein gefloht, geschimpft, gewetzt wurde und haben sie nicht bemerkt, wie der Groll und der Unmut und die Erbitterung darüber immer größer wurde, daß für die Samstere gegen Wucherpreise alles, Erbsen, Bohnen, Speck, Fett, Butter, Eier zu haben war, während dem Minderbemittelten, dem Venadarten für ein geringen erlöschenden Preis nichts abgegeben wurde? Man fragt sich aus welchem Grunde die Behörden diesem schmachvollen Treiben tatenlos zusahen, weshalb nicht längst in schärfster Weise gegen Leute vorgegangen ist, die Lebensmittel zu Wucherpreisen abgeben.

Hier liegt eine schwere Unterlassungssünde der redlichen und antändlichen Produzenten und eine ebenso schwere Nachlässigkeit der Behörden vor. Auch die Organe der Selbstverwaltung, — Gemeindeausschüsse, Kreisausschüsse, — haben völlig versagt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß dieses Versagen auf die einseitige Zusammenfassung dieser Organe zurückzuführen ist.

Es ist sehr zu bedauern, daß erst solche beklagenswerten und beschämenden Vorkommnisse, wie sie in den letzten Wochen haben mitansehen müssen vorgehen mußten, ehe die Wohlmeynenden und die Behörden aus ihrer Letargie sich aufrichteten.

Folgen sozialdemokratischer Versprechungen.

Der „Regulator“, die Wochenchrift des Gewerbevereins deutscher Metallarbeiter (G.-M.) mahnt, im Gedächtnis zu behalten ein Wort, das aus dem Munde eines sozialdemokratischen Führers auf dem zweiten Reichstagskongress der Arbeiter- und Soldatenräte gefallen ist. Dort hat der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Cohen-Kuh als Vertreter des Zentralrats nach dem „B. L.“ erklärt: „Wir haben während der kaiserlichen Existenz der Sozialdemokratie viele Fehler gemacht. (Hört! Hört! links.) Ist es nicht so, daß wir in der Kritik viel weiter gegangen sind, als wir im kleinen Kreise als beratschelt zugestanden? Wir haben übertrieben, kein gutes Haar an den andern gelassen und die Menschen für ein System verantwortlich gemacht, ohne die tatsächlichen Schwierigkeiten zu berücksichtigen. In übertriebener Weise haben wir unsere Anhänger gelobt und ihnen ein Paradies versprochen. Wir haben unsere Anhänger Wechsel auf die Zukunft ausgestellt, und jetzt können wir sie nicht einlösen. (Sehr richtig! — Widerspruch links.) ... Die in 30 Jahren verheißene Menge (Stürmische Unterbrechungen. Ausruf: Verheiß! — Ungehört!) — nun, sagen wir, die Menge, der man insolge übertriebener Agitation das Himmelreich auf Erden versprochen hat, wird dann dem zulaufen, der ihm mehr verspricht. (Zuruf: Das haben Sie wohl gemacht!) — Die ganze Sozialdemokratie hat das gemacht. Ich habe es bald erkannt und habe andere Bahnen beschritten.“

Personalunion Ungarns und Rumäniens?

Wien, 8. Mai. In gewissen Kreisen Ungarns und Rumäniens wird, wie verlautet, daran gearbeitet, eine Personalunion zwischen Ungarn und Rumänien zustande zu bringen. König Ferdinand von Rumänien soll nach dem Einmarsch der Entente-Truppen in Budapest zum König von Ungarn ausgerufen werden, aber nach einiger Zeit zurücktreten. Ungarn würde dann die Verfassung eines Wäronigreichs erhalten.

Der Prozeß Liebknecht-Rosa Luxemburg.

Berlin, 10. Mai. Nach Eintritt in die Verhandlung bringt der Vorsitzende eine Sprüche, daß der Angeklagte Hauptmann Keller mit einer Witzrede erschienen sei. Er stellt fest, daß er die ausdrückliche Anordnung gegeben habe, daß niemand, auch die Richter nicht, mit Schußwaffen im Gerichtssaal erscheinen dürften. Hauptmann Keller gibt hierzu die Erklärung ab, daß die Schußwaffe zu seinem Dienstzeug gehört und daß ihm die richterliche Anordnung, Schußwaffen abzu-

legen, nicht bekannt gewesen sei. Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Jerns, erwähnt die Stimmungsmache der „Freiheit“, die den Zweck verfolgte, auf das Gericht einen Druck auszuüben, und erregt den Vorsitzenden, den Richterplattler des genannten Blattes zu veranlassen, diese tendenziöse Berichterstattung zu unterlassen. Kriegsgerichtsrat Jerns stellt mit Bedauern fest, daß in einzelnen Zeitungen, die der Weitergabe der Zeugenaussagen bereits Würdigungen dieser Aussagen enthalten seien. Das Militärgericht sei ein Gericht wie jedes andere und könne keinerlei Rücksicht auf irgendwelche Einflüsse nehmen, sondern lediglich Wahrheit und Recht seien seine Richtschnur. Rechtsanwält Dr. Grünspach schließt sich den Ausführungen des Vorsitzenden und des Anklagevertreter an. Wer den Einfluß der Rassenagitation kenne, müsse sich mit Umhörern dagegen wenden, in welcher tendenziösen Weise gewisse Blätter den Prozeß zu parteipolitischen Agitation auszubilden suchten. In der weiteren Probenahme sagt der Jäger Friedrich aus: Als ich zur Leiche Liebknechts kam, sah ich, daß neben dem Körper etwas blühte und bemerkte darauf ein mittleres Taschengewehr mit Schußpatrone, das geöffnet war. Als wir wieder im Wagen saßen, hat Leutnant Schulze uns gesagt, daß er gestochen worden sei und hat uns auch die blutende Hand gezeigt. Der Vorsitzende fragt die Angeklagten der Reihe nach, ob sie auch ohne besonderen Befehl des Führers geschossen hätten. Die Angeklagten bejahen sämtlich. Leutnant Diepmann erklärt, daß er auch ohne vorherige Anweisung auf einen fliehenden Gefangenen geschossen haben würde. In solchen Fällen müsse man es der Selbstständigkeit des Transporteurs überlassen, das Gegebene zu tun. Kriegsgerichtsrat Jerns: War den Angeklagten nicht bekannt, daß am 15. Februar eine Veröffentlichung des jetzigen Reichswehrministers Roske über Schießbefehle erschienen war? Kapitänleutnant v. Pflugk-Hartung ebenso wie andere Angeklagte, auch Kapitänleutnant Diepmann, erinnern sich, daß die Verordnung um diese Zeit erschienen ist, wissen aber nicht mehr anzugeben, ob sie an dem fraglichen Tag davon Kenntnis genommen hätten. v. Pflugk-Hartung bemerkt, daß in dieser vom Anklagevertreter angelegenen Verordnung ausdrücklich stehe, daß der Gebrauch der Schußwaffen einzutreten habe, wenn andere Waffen versagten. Da er und seine Begleiter außer Revolvern nur mit kurzen Seitengewehren ausgerüstet gewesen seien, wäre nur die Schußwaffe in Frage gekommen. Weiterhin heiße es in der Verordnung: Niemand könne ein Soldat Entschuldigungen finden, wenn er nicht bei gegebener Gelegenheit rechtzeitig Gebrauch von seiner Schußwaffe mache. Der Zeuge Walsch beschel ist der Kraftfahrer, der das Auto mit Liebknecht bei der Fahrt in den Tiergarten lenkte. Er erklärt, daß der Wagen eine Panne hatte bei der Kormelbrücke blieb er stehen, und der Fahrer mußte in der Dunkelheit aussteigen, um den Wagen zu untersuchen. Währenddessen blieb Liebknecht im Wagen, der Motor wieder in Gang zu bringen, verließen die Insassen des Wagens das Auto und gingen weg. Vorjüngender: Reiten Ihnen stand der Hauptmann v. Pflugk-Hartung? Zeuge: Ja. Er wollte mir bei der Panne helfen. Ich sagte ihm aber: Dusch mich nicht an, laß mich allein arbeiten! Während ich mit der Arbeit nahezu fertig war, hörte ich auf einmal Schüsse. Ich stieg in das Auto ein und fuhr nach der Stelle, wo wir uns treffen wollten. Der nächste Zeuge, Stadtrat Gröhner, früher Oberleutnant bei der Garde-Matrosen-Schützenabteilung, machte folgende bemerkenswerten Aussagen: Leutnant Sanders hat mir im Oberhofe leise gesagt, der Hauptmann Walsch habe mir gesagt, ich solle dafür sorgen, daß die Leute günstiger ausfallen; außerdem seien in der Lage unzuverlässige Elemente, die ausgemerzt werden müßten. Der Zeuge bezeugt, daß er auf weiteres Zureden des Leutnants Sanders diese Annahme energisch abgewiesen habe. Leutnant Sanders fügte noch hinzu: „Die Luxemburger war doch niedergemacht und in das Auto geworfen wie ein Bündel.“ Der Zeuge bezeugt, diesen Ausdruck getraut zu haben; er könne vielleicht „Bakel“ gesagt haben. Sanders hält jedoch im Gegensatz zu Gröhners Aussage seine unter Eid abgegebenen Erklärungen aufrecht.

In der Nacht mittags 11 Uhr gab der Vorsitzende bekannt, daß zunächst der Fall Runge verhandelt und die Aussagen vernommen werden sollen, die nach Runges Angaben bekräftigen können, daß er von Liebknecht und Frau Luxemburg vor den Siemenwerken bei einem Demonstrationstreff im November vorigen Jahres mit Revolvern bedroht worden sei. Der erste Zeuge Schloffer Schindler von den Siemenwerken gab an, Liebknecht und Frau Luxemburg hätten überhaupt niemals in Versammlungen vor den Siemenwerken gesprochen. Von einer Bedrohung durch die beiden weiß der Zeuge nichts. Die Ehefrau Runge bezeugt, daß ihr Mann öfter an Schwindelanfällen gelitten habe, und es habe ihm Scham vor dem Mande gehalten. Vom Vorsitzenden befragt, ob ihr Mann sie mißhandelt habe, verweigert sie die Aussage. Auch der Stiefsohn Runges bezeugt, daß sein Stiefvater leicht erregbar wäre. In Abwesenheit Runges wird darauf dessen Bruder aufgerufen. Er sagt, er habe keinen Anlaß, seine Aussage zu verweigern. Der Zeuge behauptet, daß der Angeklagte niemals im Felde gewesen sei, und das Eisenerz-Kreuz 1. Klasse zu Unrecht trage. Dem Medizinrat Leppmann ist die eigenständige Etablierung des Angeklagten Runge aufgefallen. § 51 des StGB sei nicht anwendbar, dagegen sei Runge offenbar ein geistig minderwertiger Mensch. — Damit sind die Erklärungen über der Fall Liebknecht abgeschlossen. Es folgt der Fall Luxemburg. Vernommen wird der Soldat Gantke, der mit ihr dem Auto sah, das Frau Luxemburg wegführte. Seine Aussagen betreffen den Transportführer, den Oberleutnant Vogel, sehr schwer. Zeuge hat gesehen, wie der Oberleutnant Vogel seinen Revolver entriegelte und Frau Luxemburg zwischen Auge und Ohr traf. Er glaubt nicht, daß Frau Luxemburg schon vorher tot war, denn er habe erst Blut nach dem Schuß gesehen. Man habe dann den Körper mit einer Decke bedeckt und sei weggeführt. Das Auto hielt dann an einer Brücke. Ob dazu jemand den Befehl gegeben habe, wisse er nicht. Auch die anderen Soldaten, die ebenfalls im Auto saßen, Poppe und Weber, sollen noch vernommen werden. Sodann wird die Verhandlung bis Montag vertagt.

Ein nächtlicher Lokaltermin.

Berlin, 10. Mai. Am Schluß der gestrigen Sitzung setzte der Vorsitzende einen Lokaltermin auf den 10. Mai im Tiergarten fest. Die Angeklagten wurden auf einem Militärtransport zum Bahnhofs-Tiergarten gefahren und von da unter Leitung eines starken Sicherheitskommandos zum Tatort geführt. Der Angeklagte Kapitänleutnant v. Pflugk-Hartung gab die Stelle an, wo das Auto gehalten wurde und von wo aus er mit Liebknecht zu Fuß in Richtung auf den Unterführungsbahnhof Tiergarten gegangen war. Der Angeklagte gab zu, daß er sich bei der damals herrschenden Dunkelheit in der von ihm eingeschlagenen Richtung verirrt haben könne. Die Entfernung, aus der er auf Liebknecht geschossen habe, habe etwa 6 bis 7 Meter betragen. Wesentlich Neues ergab die Augenzeugenabnahme des Tatortes nicht. Schon nach einem halbstündigen Aufenthalt wurde der Termin für beendet erklärt. Strenge Wacheinsparungen hielten Neugierige fern.

1875

Fleischverteilung.

Auf Befehl der französischen Behörde wird am Mittwoch dieser Woche in sämtlichen Metzgereien gegen Abgabe der Fleischkarte 1:

250 Gramm gefälztes Schweinefleisch

(Vorderhäuten usw.)

zum Preise von 6.20 Mk. je Pfund verteilt. Die Bezugsscheine für Großverbraucher (Hotels usw.) können im Museum abgeholt werden.

Verteilungseinteilung:

E-H 8-9 1/2 Uhr	Sp-Z 2-3 Uhr	
J-L 9 1/2-11 "	A-D 3-4 "	
M-Q 11-12 "	A-Z 4-5 "	F 332
R-So 12-1 "		

Wiesbaden, den 11. Mai 1919.

Der Magistrat.

Mittwoch, den 14. d. Mts., nachmittags, soll in den Distrikten „Leberberg“ und „Tennelberg“ bis Parkweg die Grasnutzung von den Feldwegen, Gräben und Böschungen an Ort und Stelle versteigert werden.

Es werden nur Ziegenbesitzer, die sich als solche ausweisen müssen, zugelassen.

Zusammenkunft nachmittags 4 Uhr vor dem Hause Schumannstraße 9. F 332

Wiesbaden, den 10. Mai 1919.

Der Magistrat.

Donnerstag, den 15. d. Mts., nachmittags, soll die Grasnutzung von Feldwegen, Gräben und Böschungen in den Distrikten „Lahnstraße“, „Weidenstädterweg“, „Kesselberg“, „Platterstraße“, „Nonnentrift“, „Müllerswies“ usw. versteigert werden.

Es werden nur Ziegenbesitzer, die sich als solche ausweisen müssen, zugelassen.

Zusammenkunft nachmittags 4 Uhr vor dem Hause Lahnstraße 26. F 332

Wiesbaden, den 10. Mai 1919.

Der Magistrat.

Wein-Versteigerung der Stadt Wiesbaden.

Freitag, den 16. Mai d. J., vormittags von 11 Uhr ab, sollen im Ratskeller-Restaurant hier aus dem Ertrage der Weinberge „Röderberg“ und „Langelöwenberg“

18 Halbstück — Jahrgang 1918

versteigert werden. Der Probestag für die Herren Kommissionäre ist auf den 5. Mai d. J., vormittags von 10-12 Uhr, festgesetzt worden; allgemeiner Probestag für Interessenten ist der 12. Mai d. J., nachmittags von 2-6 Uhr, im Rathaus, Zimmer Nr. 36a.

Die Versteigerungsbedingungen liegen in Zimmer Nr. 60 in den Vormittagsdienststunden zur Einsicht offen.

Wiesbaden, den 30. April 1919.

Der Magistrat.

Die am Dienstag, den 29. April und Freitag, den 2. Mai d. J., stattgefundenen Stammholzversteigerungen sind genehmigt. Das Holz wird zur baldigen Abfuhr überwiesen.

Die Abfuhrscheine sind im Rathaus, Zimmer 16, einzulösen.

Der Magistrat.

Versteigerung.

Morgen Dienstag, den 13. Mai, vorm. 9 1/2 und nachmittags 2 1/2 Uhr beginnend, läßt Frau E. Mäger wegen Aufgabe der Damen-Schneiderei in meinem Versteigerungslokal

22 Wellrichstraße 22

nachverzeichnete Warenbestände, als:

moderne weiße, schwarze und bunte Spitzen, Chiffon, Tulle, Seidenstoffe, Applikationen, Besätze, Knöpfe, Treppen, Kleiderbüsten, Fransen usw.

freiwillig meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Besichtigung am Tage der Auktion.

Georg Jäger, Auktionator u. Taxator. Tel. 2448. Wellrichstraße 22. Begr. 1897.

Studentische Volksunterrichtsturse für Wiesbaden und Umgegend (E. V.).

Unsere Geschäftsstelle befindet sich vom 15. Mai 1919 ab im Hause Dohleimer Straße 44, 2. Fernsprecher Nr. 3708. Für Briefsendungen bleibt die Adresse: Dorfstraße 17, 2 r.

Auskunft und Rat in Rechtsfragen, Renten-, Versorgungs- und dergl. Angelegenheiten. F 833

Dienststunden: Dienstag 6 1/2-7 1/2 Uhr abends, Donnerstag 6 1/2-7 1/2 Uhr abends, Sonntag 10-11 Uhr vorm.

Brillanten, Perlen

Gold- u. Silber-Ringen, Silberfaden aller Art, gold. Uhren u. Ketten, Pfandheute läuft zu hohen Preisen

N. Geizhals, Webergasse 14. Tel. 4139.

Existenz

sucht tücht. strebs. jg. Mann. Vertretung, auch Beteiligung ein. rentabl. Untern. nicht ausgeschl. Offert. erb. A. Stelamez, Philippsbergstr. 36, 1.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank).

Der Aufsichtsrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, der Generalversammlung für das Jahr 1918 die Verteilung einer Dividende von 6% vorzuschlagen.

Der Bruttounutzen beträgt pro 1918 inkl. Mk. 1 669 835.93 Vortrag aus 1917 Mk. 43 770 174.23
hiervon ab die Handlungsunkosten, Steuern, vertragsmäßige Gewinnbeteiligungen der Vorstandsmitglieder und Oberbeamten im Betrage von Mk. 3 338 406.16, verteilt auf 289 Köpfe, die Gratifikationen und Teuerungszulagen an die Beamten, die Zuwendungen an deren Pensionsfonds und für wohltätige (Kriegs-)Zwecke Mk. 31 964 613.05
Abschreibung auf Immobilien und Mobilien 987 633.30
Talonsteuer-Reserve 384 000.— 33 336 246.35
verbleibt verteilbarer Reingewinn Mk. 10 433 927.88

Das Gewinn- und Verlust-Konto pro 1918 ergibt folgende Ziffern (die entsprechenden Ergebnisse des Jahres 1917 sind beigelegt und zwar bei Unterabteilungen in Klammern):

I. Einnahmen:

Provisionen
Zinsen: aus dem Konto-Korrent-Geschäft und aus Wechseln, aus dauernden Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen und aus Valuten
Gewinne aus Effekten
Gewinne aus Finanzoperationen
Verschiedene Einnahmen
Vortrag vom Vorjahre

II. Ausgaben:

Geschäftsunkosten:
a) Handlungsunkosten, Zuwendungen an die Beamten (Weihnachts- und Abschlußvergütungen, Teuerungszulagen), Invaliden- und Krankenversicherung, Reichsversicherung, Ehrengaben an Beamte und Zuwendungen an deren Pensionsfonds und für wohltätige (Kriegs-)Zwecke
b) Steuern
Abschreibung auf Immobilien und Mobilien
Talonsteuer-Reserve
Gewinn-Saldo (inkl. Vortrag aus 1917)

Die Bilanz ergibt folgende Ziffern:

I. Passiva.

Aktienkapital
Reserven
Kreditoren
Akzepte und Schecks
Vorgeschlagene Dividende: 6% (1917: 7%)
Sonstige Passiva:
Unerhobene Dividenden
Talonsteuer-Reserve
Verrechnungskonto der Zentrale mit den Filialen und Niederlassungen

II. Aktiva.

Kasse, fremde Geldsorten und Kupons inkl. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen
Eigene Wertpapiere:
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere
c) sonstige börsengängige Wertpapiere
d) sonstige Wertpapiere
Konsortialbeteiligungen
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen
Debitoren in laufender Rechnung
Hiervon:
a) gedeckte Kredite
b) ungedeckte Kredite
Bankgebäude
Sonstige Immobilien
Sonstige Aktiva:
Verrechnungskonto der Zentrale mit den Filialen und Niederlassungen

Die Avale beliefen sich auf beiden Seiten der Bilanz auf Mk. 178 636 597.21 gegenüber Mk. 119 309 620.04 im Vorjahre.

Berlin, den 8. Mai 1919.



Fotogr. Aufnahmen u. Vergrößerungen
auch nach jeder Karte u. Bild.
Lichtechte Kunst-Drucke

Waffeleisen
für Gas- u. Herdfeuer
u. 3. Ausnahme-Preisen
9.45 verkauft.
Rollschuhe
u. enorm billig verkauft
Paar 9.45 Mk.
Elli. Böttcher
Wellrichstr. 47.

Le Rhin Illustré

(Der Rhein im Bild)

erscheint jeden Samstag

Preis jeder Nummer 30 Pf.

Zu haben in allen Buchhandlungen und bei den Verkäufern.

Auslieferungsstelle **Heinr. Gieß, Buchhdlg.**
Rheinstraße 27 (n. Hauptpost).**Haarausfall**schwacher Haarwuchs,
Hautjucken — Schuppenbildung
beseitigt durchBelichtungen mit Höhensonne
Elektr.-magnet. Massagen u. s. w.**Damenfriseur** Webergasse 3, 1, Nassauer Hof.**la Marseille-Kern-Seife**
Sunlight-SeifeDrogerie **Moebus**, Taunusstr. 25.

Eingetroffen:

Farbige Satins

für Stepp- und Daunendecken

prima Qualität

empfiehlt

603

Leinenhaus Georg Hofmann
Langgasse 37.Bei der Kohlentenerung und -Knappheit
ist der Einbau meines D. R. G. R.**Kohlensparer**unentbehrlich für jeden Haushalt, Wirtschaften, Hotels,
Büros usw. — Bis 50% Kohlenersparnis. — Preis
nach Größe v. RM. 15 an. Befichtigung u. Prospekt frei.Jacob Cramer, Schlosserei, 371
Wiesbaden, Stiftstraße 24. — Telefon 3443.**Karl Hoch**

Dotzheimer Straße 109 Telefon 2372

Hauptniederlage
natürlicher Mineralbrunnen
und Kohlensäure

Fabrik alkoholfreier Getränke

Mod. Spül- u. Füllanlagen
Größte LeistungsfähigkeitGustav Fischer,
Damenschneider.Moritzstraße 5. :: Telefon 2413.
Anfertigung u. Umarbeitung mod. Jackenkleider,
Mäntel u. Mantelkleider in allen Stoffarten.
Gute Ausführung. Solide Preise.Feste
Damenbekleidung
ModernistorenAtelier Cläre Grautegein
Hermannstraße 3
Fernruf 2756.**Gas = Herde**

Karl Fund, Mauerg. 11.

= Zum Eiereinlegen: =

Wasserglas per kg . . . 0.65

Garantol per Paket . . . 0.25

Spielmann Nachf. Hch. Ambach.
Scharnhorststr. 12. Telefon 40.

Altes Gold u. Silber

sowie gebrauchte Uhren kauft und tauscht

H. Heine, Uhrmacher

Wiesbaden, Wellritzstraße 4.

Zimt- u. Hefewaffeleisen

für Gas- und Herdfenerung

wieder eingetroffen.

B7434

A. Baer & Co., Wellritzstr. 51
Eisenhandlg., Haus- u. Küchengeräte.
Telefon 406.

Anzündholz per 3tr. RM. 7.20

Abfallholz per 3tr. RM. 5.60

frei ins Haus liefert W. Gail Wwe.,

Wiesbaden, Schwabacher Straße 2. Telef. 84.

Gutgehendes sehr schönes

Lebensmittelgeschäftin besserer Lage frankheitsvoller gegen Barzahlung zu
verkaufen. Nur Übernahme sind 20-30.000 RM. er-
forderlich. Gef. Offerten unter Nr. 827 an den
Verlag Berlin.**Neu-Eingänge in Stoffen feinsten Qualität**

für

Anzüge und Beinkleider nach Maß.

Verkauf auch meterweise.

Heinrich Wels

Kirchgasse 64.

Abteilung für feine Maß-Anfertigung.

K147

**Warum merkt man,
dass Sie****Haar-Ersatz
tragen?**Weil derselbe nicht nach den neuesten Modellen
und aus schlechtem Material gefertigt ist.**Versuchen Sie
Dette's Haar-Arbeiten,
Sie werden zufrieden sein.**

Größtes Lager in la Schnitthaaren.

G. Dette, Michelsberg 6.

Neu eingetroffen:

Rein-Aluminium-Kochgeschirre!Besonders gute Qualität
zu sehr niedrigen Preisen.

Ferner empfehle ich:

Blumentasten,

grün gestrichen, starke Ware, von RM. 2.25 an.

Waffeleisen,

5 Herzen, schwere Qualität, RM. 8.75.

Spargeltocher — Spargelsiebe.

Spargelplatten — Spargelintochgläser.

Nietschmann

Spezialität komplette Küchen-Einrichtungen.

Landwirte, Gärtner, Gartenbesitzer!Für die fehlenden Saatkartoffeln baut nährwertreiche Hüllensfrüchte!
— Gute, weichkochende Bohnen finden allezeit dankbare Abnehmer. —Als besonders gute Sorten zum Reifwerden
empfehle ich, so lange unverkauft: ==

Buschbohnen, weiße holländ. Prinzeß Pfd. RM. 4.75

Buschbohnen, gelbe holländ. Prinzeß Pfd. „ 4.75

Buschbohnen, weiße holländ. Perl Pfd. „ 4.75

Da diese Sorten aus Holland bezogen, ist die
Ausstellung einer Saatkarte nicht erforderlich!

Händler und Großverbraucher wollen Spezialofferte einholen.

Joh. Georg Mollath Nachf.

Samenkulturen — Samenhandel.

Wiesbaden, 32 Marktstraße 32. Teleph. 3751.

**Elektromotoren**
für alle Zwecke.

Fabrikat: Garbe-Lahmeyer Aachen.

Rheinische Elektrizitäts-Gesellschaft

(Jnh. Heinrich Müller)

Wiesbaden, Helenenstr. 26.

„FREHO“Nach großen Schwierigkeiten ist es
mir gelungen, eine Anzahl„FREHO“-Maschinen
hereinzubekommen. Ich bin dadurch für
einige Zeit in der Lage, prompt liefern
zu können, worauf ich Interessenten
besonders aufmerksam mache.Der „FREHO“ ist die beste Vervi-
fältigungsmaschine u. liefert bei spielend
leichter Handhabung eine unbeschränkte
Zahl von Abzügen, die an Sauberkeit der
Ausführung von keiner anderen Maschine
erreicht werden. — Probearbeiten können
bei mir, sowohl als beim Städtischen
Arbeitsamt aufgegeben werden.

Besichtigung gerne gestattet.

„HANSA“Büro für Handel u. Industrie,
Bahnhofstr. 8.**Achtung Hausfrauen!**Für die weiße Wäsche ist unstreitig das
beste und billigste das marlenfreie**Ersefeld's
Borax-Seifenpulver.**Der hohe Fettgehalt bürgt für schonendste
Behandlung der Wäsche.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Vertreter für Rheinhessen u. Nassau:

Carl Kruse, Wiesbaden, Zietenring 13.

Fischhaus Johann Wolter

12 Ellenbogengasse 12

Fernsprecher 453 — Gegründet 1886

empfiehlt im freien Verkauf

Pa. Holländer Angelschellfische

Nordseeschollen — Steinbutt

Prachtvoller Nordsee-Kabeljau

Gewäss. Stockfische nur Mittelstücke

Verschiedene Fischmarinaden! in bekannter Güte

Geräuch. Seelachs Muscheln in Sülze,

in Essig, in eigenem Saft

Kaninleberpaste der herrliche Brotauf-

strich, sehr schmack-

haft, äußerst ergiebig!

Riesen-Vollfetteringe

Geschäftszeit 8-1 Uhr, 3-6 Uhr.

Frischen Spargel

zu billigen Preisen.

Täglich frisches Gemüse.

Obst- u. Gemüsehandlung

Erich Kemmer,

Lugemburgstraße 5, Ecke Herderstraße.



Anoblauch Stück von 5 Pfg. an

Kopfsalat „ „ 25 „

Zitronen „ „ 40 „

Orangen „ „ 80 „

Feigen, Datteln, Haselnüsse, Walnüsse

sowie angabieren.

Für Händler Vorzugspreise. Versand im befest. Gebiet.

Hermann Knapp, Wiesbaden,

Früchte-Großhandlung.

Telephon 6458. Friedrichstraße 8.

Telegr. Kommissionshaus.

**Annoncen-Expedition**Anfragen-Nachfrage für
alle Zeitungen d. West-
Rheinstr. 27 (n. Hauptp.)**Piano**von Privat kauft zu
hohem Preis

Frau Vogel, Bleichstr. 15.